Deutsches Reich.

Der Statthalter von Elsaß-Lothringen hat am Montag die Session des Landesausschusses mit nachstehender Rede eröffnet:

Meine Herren! Beim Beginn der diesjährigen Session des Landesausschusses wird mir zum ersten Male die Ehre zuteil, in der von Sr. Maj. dem Kaiser mir Allergnädigst übertragenen Stellung die Vertreter von Elsaß-Lothringen zu begrüßen. Ich heiße Sie von Herzen willkommen. — Aus dem Ihnen vorgelegten Entwurf des Landeshaushaltsetats ergiebt sich, daß es auch für 1886/87 möglich sein wird, die Ausgaben sowohl des ordentlichen wie des außerordentlichen Etats ohne Inanspruchnahme des Kredits zu decken. Zwar wird für 1886/87 eine Mehrleistung an das Reich nötig; dieser steht aber eine weit größere Erhöhung der Ueberweisungen von seiten des Reiches gegenüber. Bei diesen günstigeren finanziellen Beziehungen zum Reich, und nachdem die in früheren Jahren den Etat belastende schwebende Schuld beseitigt ist, bleibt für das neue Etatsjahr, nach Deckung aller laufenden Ausgaben, ein erheblich größerer Betrag als im Vorjahre zu außerordentlicher Verwendung übrig. Die eingehende Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse läßt es rathsam erscheinen, den für 1886/87 zur Verfügung stehenden Mehrbetrag in erster Linie zu Meliorationen im landwirthschaftlichen und Verkehrsinteresse, außerdem aber zur vermehrten Schuldentilgung sowie zur Erhöhung von Staatszuschüssen an Gemeinden zu verwenden, und es sind die betreffenden Vorschläge in den Etatsentwurf aufgenommen. Außer dem Haushaltsetat für 1886/87 ist Ihnen die Rechnung über den Landeshaushaltsetat für 1881/82 und die Haushaltsübersicht für das Jahr 1884/85 zugegangen. Ein weiterer Ihnen vorgelegter Gesetzentwurf betrifft die Neuregelung der Depositenverwaltung. Wie Ihnen bereits bei Eröffnung der vorigen Session mitgetheilt wurde, hat die Aktiengesellschaft für Boden- und Kommunalkredit den Vertrag, welchen die Regierung mit ihr über die Verwaltung der Staatsdepositen geschlossen hatte, auf den 1. April 1886 gekündigt. Der Ihnen vorliegende Entwurf regelt die Uebernahme dieser Depositen in die unmittelbare Verwaltung durch den Staat und trifft Bestimmungen, welche es ermöglichen, die bisherigen bewährten Dienste des genannten Bankinstituts für die Wahrnehmung der Depositengeschäfte und für die Beschaffung der zu den Auszahlungen ständig bereit zu haltenden Geldmittel auch fernerhin in Anspruch zu nehmen. Bei der im Jahre 1884 stattgehabten allgemeinen Untersuchung der Lage und Bedürfnisse der Landwirthschaft in Elsaß-Lothringen ist vielfach der Wunsch nach einer Verbesserung des landwirthschaftlichen Personalkredits ausgesprochen worden; die Berechtigung dieses Wunsches hat auch in den über die Ergebnisse jener Untersuchung gepflogenen Verhandlungen des Landesausschusses Anerkennung gefunden. Die Regierung ließ es sich deshalb angelegen sein, eine besondere Untersuchung über die Mittel zur Hebung des landwirtschaftlichen Personalkredits zu veranstalten. Auf Grund spezieller Instruktionen wurden dieselben Untersuchungskommissionen, welche die Generalenquete vorgenommen hatten, mit der Vernehmung sachverständiger Männer und mit der Beantwortung einer Reihe von Fragen über diesen besonderen Gegenstand betraut. Eine Zusammenstellung der von den Untersuchungskommissionen gegebenen Antworten wird Ihnen mitgetheilt werden. Die Regierung ist zur Zeit noch mit der Erwägung beschäftigt, in welcher Weise dem vorhandenen Bedürfnisse am zweckmäßigsten abgeholfen werden kann. Die in der vorjährigen Session unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe, welche eine Reform des Eigenthums- und Hypothekenrechts und die Einführung des Grundbuchs zum Gegenstand haben, werden Ihnen nochmals vorgelegt; dieselben sind, im Anschluß an die gründlichen Arbeiten der vom Landesausschusse gewählten Spezialkommission, einer Umarbeitung unterzogen worden, wobei die Wünsche der Kommission größtentheils berücksichtigt werden konnten, ohne daß die Grundlagen der Entwürfe umgeändert zu werden brauchten. In Ergänzung dieser Vorlagen wird Ihnen demnächst der gleichfalls umgearbeitete Entwurf eines Kostengesetzes zugehen, welches bestimmt ist, den Rechtsverkehr auf dem Gebiete des Immobiliarrechts in erheblicher Weise zu entlasten. Ich glaube mich der Erwartung hingeben zu dürfen, daß die erneute Berathung der erwähnten für die Rechtssicherheit des Eigenthums und die Hebung des Realkredites so wichtigen Vorlagen in dieser Session einen befriedigenden Abschluß finden wird. Indem ich diese und die übrigen Ihnen zugegangenen Vorlagen Ihrer stets bewährten gewissenhaften Prüfung empfehle, spreche ich den Wunsch aus, daß es dem einträchtigen Zusammenwirken der Regierung und der Landesvertretung gelingen möge, die Berathungen zu einem für das Land gedeihlichen Ergebniß zu führen. Im Namen Sr. Majestät des Kaisers erkläre ich die Session des Landesausschusses für eröffnet.

Nach der Rede des Statthalters hielt der Alterspräsident Pick eine kurze Ansprache, in welcher er die Versammlung ersuchte, zu Ehren des verstorbenen GFM. v. Manteuffel sich von den Sitzen zu erheben. Bei der Wahl des Präsidiums wurden der frühere Präsident Jean Schlumberger, sowie die Vizepräsidenten Zorn v. Bulach (Vater) und Jaunez wiedergewählt, ebenso der erste Schriftführer Charpentier.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

6. Legislatur-Periode. 2. Session.

27. Sitzung vom 18. Januar.

Am Tisch des Bundesraths: Dr. v. Stephan.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min. vor sehr schwach besetztem Hause.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats, welche beim Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung aufgenommen wird.

Bei Kap. 3. Fortdauernde Ausgaben Tit. 1. (Staatssekretär 24,000 M.) bemerkt

Abg. Gamp (Reichsp.), daß man mit Unrecht ihm vorgeworfen habe, daß er den Verkehr schädigen wolle oder die großen Verdienste des Staatssekretärs des Postwesens nicht anerkenne. Trotzdem aber darf man doch die Frage nach den finanziellen Erträgnissen der Postverwaltung nicht außer Augen lassen. Besonders im Hinblick auf die Eisenbahnverwaltung und ihre finanziellen Resultate muß diese Frage substatirt werden. Die Verwaltung treten immer große Ansprüche wegen Tarifermäßigungen für die Produkte der Landwirthschaft heran. Die Eisenbahnen können diesen Ansprüchen nicht genügen, so lange ihnen nicht von der Postverwaltung größere Erträgnisse zugehen. Daß dies zu erwarten, haben die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs in der ersten Etatsberathung nicht wahrscheinlich gemacht. Die Postverwaltung zahlt gegenwärtig an die Verwaltung der Eisenbahnen für den Transport der Postsachen ca 6½ Millionen Mark; diese Entschädigung entspricht aber den thatsächlichen Leistungen der Eisenbahnverwaltung für die Post keineswegs, letztere müßte etwa 30 Millionen Mark mehr zahlen. Ich weiß auch nicht, weshalb eine Drucksache ein Porto von nur 3 Pfennig kosten soll — die postalische Mühe, die sie verursacht, ist doch eben so groß wie die durch eine Postkarte hervorgerufene. Ich kann auch nicht finden, daß eine Vertheuerung des Drucksachenportos bedenklich wäre. Das billige Drucksachenporto dient doch hauptsächlich der Reklamebeförderung. Redner verwahrt sich dann gegen den Vorwurf mangelnder Sachkenntniß, den der Generalpostmeister gegen ihn bei der ersten Etatberathung erhoben.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Ich habe den Eindruck, als ob die soeben gehörte Rede hier nicht hergehört. Entweder hätte diese Rede gehalten werden müssen in der Kommission oder aber beim Etat der Eisenbahnverwaltung im preußischen Landtage. Es würde mir nicht schwer werden, diese Rede Satz für Satz zu widerlegen, aber das würde wohl eine Stunde kosten und das Haus an diesem Stadium seiner Arbeiten damit aufzuhalten, scheint mir nicht angezeigt. (Beifall.) Wenn der Vorredner verzichtet hat, in der Kommission all diese Details anzuführen und dazu diese Gelegenheit wahrnimmt, so scheint es, als ob er dadurch den unglimpflichen Eindruck seiner ersten Rede aufheben wollte. Denn daß der Eindruck jener Rede im In- und Auslande ein unglimpflicher gewesen, haben mir zahlreiche Zuschriften von allen Seiten bewiesen. Wo würden wir überhaupt hinkommen, wenn die einzelnen Verwaltungen sich solche Gegenrechnungen machen wollten, wie sie Abg. Gamp für die Eisenbahnen verlangt hat. Die rein sachlichen Angaben des Vorredners über die Ueberschüsse sind richtig, es ist ihm diesmal kein Malheur mit den Zahlen passirt. Er beruft sich auf seine Kenntniß der Postverhandlungen aus den Akten — ich schöpfe meine Kenntniß nicht aus allen Akten, sondern aus der lebendigen Beobachtung der Bedürfnisse des Landes (Zustimmung links) und daraus ersehe ich, daß die Entwickelung der Post, wie ja bei der wachsenden Bevölkerung ganz natürlich, noch lange nicht abgeschlossen ist. Ich wohne jetzt Begründung des deutschen Reichs den parlamentarischen Verhandlungen bei und habe währenddeß von den Abgeordneten stets gehört, daß die Post nicht darauf ausgehen dürfe, nur Geschäfte zu machen, sodaß ich immer in der Furcht des Derwisch Al Hafi aus Lessings „Nathan" lebte: „Ja, wenn ich mich auf Ueberschüssen ertappen ließe!" (Heiterkeit.) Was das Druckschriften-Porto betrifft, so hat die Industrie sich daran gewöhnt, ich möchte daher weder die Erhöhung noch die Herabsetzung der Druckschriften — ist Herr Gamp jedoch anderer Meinung, so möge er einen Antrag stellen. Die Regierungen werden ihn dann in wohlwollende Erwägung ziehen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Baumbach (freis.): Abg. Gamp hat diesmal weit weniger kriegerisch gesprochen, als in der ersten Rede; zu unserer Freude ist ja auch von allerhöchster Stelle der Postverwaltung ausdrücklich Anerkennung gezollt worden. Meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß die Post in erster Linie kein finanzielles, sondern ein Verkehrsinstitut sein soll. Wenn Abg. Gamp eine Erhöhung des Drucksachen-Porto wünscht, so muß ich erwidern, daß ich eine Reform des Drucksachen-Portos in dem Sinne befürworten möchte, wonach ein Mittel-Portosatz zwischen 3 und 10 Pf. eingeführt werden soll. Wenn auf allen Seiten des Hauses die Postbeamten gelobt werden, so sollte man doch kein Interesse für dieselben dadurch zeigen, daß man endlich ein Pensionsgesetz für die Postbeamten einführt. Wir haben heute den Vorzug, den Bundesrath vertreten zu sehen (Heiterkeit), vielleicht erfahren wir also heute etwas über dieses Gesetz. Wir und der Reichstag haben unsere Pflicht gethan, es ist die Schuld der Regierungen, wenn durch die Verquickung mit dem Militär-Pensions-Gesetz das Pensionsgesetz nicht zu stande kommt. (Beifall links.)

Abg. v. Köller: Auch wir wünschen, daß die Post mehr ein Verkehrs- als ein Geschäfts-Institut sein soll, auch wir wollen die Beleuchtung des Volkes durch die Presse, aber wir wünschen aufrichtig, daß das Volk durch die Zeitungen nicht verhetzt wird. (Heiterkeit links.) Wenn Abg. Dr. Baumbach von dem Pensionsgesetz gesprochen hat, so zeigt mir das, wie gut mein Antrag war und wie sehr Herr Baumbach bedauert, ihn nicht gestellt zu haben. (Gelächter links.) Wenn Abg. Baumbach gemeint hat, jener Antrag würde nicht Gesetz werden, so theile ich diese Ansicht nicht und glaube, daß die Aeußerungen des Vorredners nur eine Bemäntelung dafür sein sollen, daß wir ihm mit diesem Antrage den Vorrang abgelaufen haben.

Abg. Dr. Windthorst: Zu bezug auf das Drucksachen-Porto bin ich der Meinung, daß eine Erhöhung nicht eintreffen darf. Ich meinerseits halte die Postverwaltung für musterhaft. (Beifall.) Bedauerlich bleibt nur, daß wir durch die finanzielle Lage des Landes so sehr auf die Ueberschüsse aus der Postverwaltung angewiesen sind, und daß daher die Ueberschüsse nicht für die Beamten verwendet werden können. Wer die Initiative für das Pensionsgesetz getroffen, ist gleichgiltig — die Hauptsache ist, daß dieses von uns beschlossene Gesetz recht bald von der Regierung publizirt werden möge. Die Verkoppelung des Pensionsgesetzes für Beamte und für das Militär ist nicht möglich, bewilligt die Regierung das eine Gesetz, so hat sie sehr bald auch das andere, wenn sie nur dabei billigen Wünschen nachkommen will.

Abg. Dirichlet: Ich kann in den Ausführungen des Abg. Gamp nur den Versuch erblicken, den im Erlöschen begriffenen Stern der Staatseisenbahnen noch einmal im vollen Glanze strahlen zu lassen. Die Postverwaltung ist doch schuldlos daran, daß unsere Prophezeihungen eingetreten sind und daß die Staatseisenbahnen nicht erfüllt haben, was die Herren von ihnen erwartet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Bitte aussprechen, daß die Postverwaltung vor Errichtung von neuen Post- oder Telegraphenanstalten mit den kommunalen Vertretungen erst Rücksprache nehme.

Abg. Dr. Meyer-Jena (nationallib.) richtet an die Regierung die Bitte, das vom Reichstage beschlossene Pensionsgesetz recht bald zu publiziren. Eine Reform des Drucksachenportos durch Einschiebung eines Portosatzes von 5 Pfennigen wäre sehr lebhaft zu begrüßen. Seine Partei stimme den Ausführungen des Vorredners über die Postverwaltung durchaus bei, Deutschland könne auf seine Post und deren Chefs stolz sein. (Beifall.)

Abg. Dr. Lingens (Centr.) befürwortet die von ihm eingebrachte Resolution, der Reichstag wolle beschließen:

„die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu veranlassen, fortzuschreiten mit wirksamen Anordnungen, damit den Post- und Telegraphenbeamten Sonntagsruhe ermöglicht bleibe."

Abg. Schrader (freis.): Der Vorredner ist von dem Wege, den er früher in dieser Frage eingeschlagen, zurückgekommen und hat in der vorliegenden Resolution sich weit genügsamer gezeigt, als früher. Ob diese Resolution angenommen wird oder nicht, scheint mir ziemlich unwesentlich, da die Resolution an den Verhältnissen wenig ändern dürfte. Die Ausführungen des Abg. Gamp bedeuten für mich den Ausdruck des Kampfes der Industriellen, die sich in ihren großen an die Staats-Eisenbahnen gestellten Ansprüchen getäuscht sehen, gegen die Postverwaltung. Die Industriellen haben sich eben verspekulirt, das Reich soll ihnen durch Ermäßigung im Transportwesen entgegenkommen und daher denn der Angriff gegen die Postverwaltung. Wir werden Herrn Gamp auf diesem Wege nicht folgen, da wir das Interesse der Industriellen nicht auf die Kosten der Allgemeinheit fördern wollen. Wir zollen der Verwaltung der Post vollste Anerkennung und haben nur den einen Wunsch, daß die Postverwaltung auf dem eingeschlagenen Wege bleiben möge. (Beifall.)

Abg. Gamp: Ich stimme mit den Rednern der Parteien in der Anerkennung unserer Postverwaltung überein (Heiterkeit), ich kann aber nicht finden, daß die Aeußerungen, die ich gegeben, durch die heutigen Redner als unberechtigt ermessen worden sind.

Die Diskussion wird geschlossen und Titel 1 bewilligt; die Beschlußfassung über die Resolution erfolgt in der dritten Etatsleisung.

Bei Tit. 22 (Ober-Post-Assistenten 6,819,540 M.) wünscht

Abg. Dr. Lingens, daß bei den Besetzungen der höheren Poststellen darauf Bedacht genommen werde, daß je nach den einzelnen Provinzen bei der Auswahl der Oberbeamten unterschieden und Beamte ernannt würden, welche mit Sitte und Eigenart der betreffenden Provinzen vertraut sind.

Hierauf wird der Titel bewilligt.

Beim nächsten Titel (Vorsteher von Postämtern 3,730,000 Mark) spricht

Abg. Dr. Baumbach den Wunsch aus, daß, wie es bei preußischen Beamten geschähe, auch den oberen Postbeamten das Gehalt pränumerando vierteljährlich gezahlt werden sollte.

Abg. Dr. Lingens führt Klage darüber, daß nach ihm gewordenen Mittheilungen ein Postbeamter nach 20jähriger Dienstzeit noch nicht das Durchschnittsgehalt erreicht habe, und wünscht eine Ancienneitäts-Statistik.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Auf Mittheilungen einzelner Beamten können wir hier im Hause nicht eingehen. Derartige Mittheilungen haben sich selten so zutreffend ergeben, daß man sie hier diskutiren könne. Das Material für die gewünschte Statistik sind wir zu liefern gern bereit.

Der Titel wird sodann bewilligt.

Bei Titel 32 (Postpraktikanten ꝛc. 3,800,000 Mk.) befürwortet

Abg. Dr. Möller die von ihm gestellte Resolution:

„den verbündeten Regierungen zu empfehlen, den in der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung diätarisch beschäftigten weiblichen Beamten nach mehrjährigem, tadellosem Dienste die feste Anstellung mit Pensionsberechtigung zu gewähren."

Geh. Postrath Fischer erwidert, daß die angestellten weiblichen Beamten dasselbe Gehalt hätten, das ihren Leistungen entspricht. Bei ihrem Engagement ist ihnen gesagt worden, daß sie auf Pension nicht zu rechnen hätten. Ueberdies ist ihre materielle Stellung eine bessere geworden, als sie ihnen bei ihrem Engagement garantirt worden. Das Haus möge der Resolution nicht zustimmen; die Beschäftigung der weiblichen Beamten muß so oft unterbrochen werden, daß die Verwaltung weitere weibliche Engagements nicht vornehmen kann.

Abg. Dr. Möller: Die soeben gehörten Worte, die freilich den Erfahrungen anderer Länder nicht entsprechen, mögen es erklärlich erscheinen lassen, daß weitere weibliche Engagements nicht vorgenommen werden, sind aber doch kein Grund dafür, daß den angestellten weiblichen Beamten keine Pension gezahlt werde.

Abg. Kayser (Soztalb.): Meine Partei ist überhaupt gegen die Ausdehnung der Frauenarbeit, damit wir nicht noch einmal dahin kommen, als Weichensteller Frauen angestellt zu sehen. Wenn aber einmal weibliche Beamte angestellt werden, so müssen sie auch Pension erhalten. Wir werden daher in der dritten Lesung für die Resolution stimmen.

Die Diskussion wird geschlossen und Titel 32, sowie die Titel 33—66 debattelos genehmigt, ebenso Titel 1—23 des Extraordinariums, worauf ein Antrag auf Vertagung eingebracht wird.

Da die Abstimmung hierüber zweifelhaft bleibt, wird Abstimmung durch Auszählung vorgenommen. Dieselbe ergiebt die Anwesenheit von nur 167 Mitgliedern, das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. T.-O.: Schiffahrtsvertrag mit St. Domingo. Jurisdiktion in den Schutzgebieten.

Schluß 5 Uhr.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen und der Provinz ꝛc. ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

K. Erfurt, 18. Jan. Gestern abend störte in der erleuchteten Augustiner-Kirche ein anscheinend geisteskranker, etwa 30 jähr. Mann den Gottesdienst dadurch, daß er während der Predigt den andächtig Zuhörenden zurief, er könne viel besser predigen als der Geistliche, worauf der Irre auf den Altar zuschritt, sich auf die Knie warf, die Hände rang und betete. Der Geistliche ließ ihn ruhig gewähren. Der Aufforderung des Kirchendieners, das Gotteshaus zu verlassen, leistete der Mann nicht Folge. Erst nach Beendigung des Gottesdienstes ließ er sich hinausführen. — Auf eigenthümliche Weise zog sich eine hiesige Bürgerstrau eine Blutvergiftung zu. An einem rothwollenen Kinderkleide nähend, beachtete sie eine unbedeutende Wunde am Zeigefinger der rechten Hand nicht. Plötzlich schwollen dieser, sowie Hand und Arm an. Die Kranke schwebt in großer Gefahr.

♁ Belgern, 18. Jan. Heute feiert der hiesige Bürger-Verein sein fünfjähriges Stiftungsfest. — Der hiesige Gasthof zum „Weißen Roß" ist durch Kauf in anderen Besitz übergegangen.

-oo- Eisleben, 17. Jan. Dieser Tage verunglückten auf den benachbarten Grubenschächten infolge plötzlichen Hängenbleibens des Förderkorbes beim Einfahren die Häuer Karl Schade und Albert Barth, die Schlepper Joseph Wiliczka und Georg Bauer und der Bursche Frühling. Schade erlitt eine Verstauchung des Fußes mit Verletzung des Rückgrates, Barth einen Bruch des rechten Oberschenkels, Wiliczka einen Bruch des rechten Wadenbeines, Bauer einen Bruch des rechten Oberarmes nebst Verstauchung des linken Fußes und Frühling einen Bruch beider Unterschenkel.

Schönebeck, 17. Jan. Seit Montag mittag ist der 11jährige Pflegesohn des Arbeiters H. von hier verschwunden, ohne daß man bis jetzt den geringsten Anhalt für seinen Aufenthaltsort hat. Nach Aussage anderer soll der Knabe aus Furcht vor Strafe entlaufen sein.

— [Vakante Lehrerstellen.] Die unter fiskalischer Kollatur stehende Lehrer- und Küsterstelle zu Niederdreihiedt, Ephorie Querfurt, wird durch Pensionirung ihres jetzigen Inhabers zum 1. Mai vakant.

— [Personal-Chronik.] Dem früheren Gemeindevorsteher Johann Wilhelm Beyer zu Köpsen im Kreise Weißenfels und dem früheren Ortsrichter Friedrich Wilhelm Böier zu Gorsleben, im eckartsberger Kreise, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Zu der ev. Pfarrstelle zu Colochau, Diözes Schledien, ist der bisherige Pfarrer in Arensnesta Karl Heinrich Gotthilf Bergin berufen und bestätigt. Die ev. Pfarrstelle zu Schadeleben, Diözes Aschersleben, ist dem bisherigen Divisionspfarrer in Breslau, Fischer, die neu errichtete ev. 2. Pfarrstelle zu Sudenburg-Magdeburg dem bisherigen Predigtamtskandidaten Karl Friedrich August Renz, die ev. Diakonatstelle zu Buckau, Diözes gleichen Namens, dem bisherigen Diakonus in Thamsbrück, Friedrich Wilhelm Mund, verliehen. Zu der ev. Diakonatstelle zu Grüfenhainichen ist der bisherige Provinzial-Vikar Adolf Friedrich Freytag, zu der 3. Predigerstelle an der St. Johannes-Kirche zu Magdeburg der bisherige Predigtamtskandidat Maximilian Hackradt berufen und bestätigt.

Vermischtes.

— [Aussichtsthurm auf der Schneekoppe.] In der am Sonnabend in Hirschberg stattgehabten Generalversammlung des Riesengebirgsvereins wurde u. a. auch über den Bau eines mächtigen, monumentalen Aussichtsthurmes auf der Schneekoppe und die Gründung eines Riesengebirgsmuseums debattirt. Für das eine wie für das andere Projekt fand sich eine allgemeine Begeisterung.

— [Ueber ein schweres Verbrechen,] dessen Opfer der nahezu 80jährige Maler Fach und dessen ebenfalls bejahrte Gattin waren, welche bei Darmstadt eine ziemlich isolirte Villa allein bewohnen, schreibt man dem „B. T." von dort: Am Sonntag morgen gegen 3 Uhr vernahm die Frau Geräusch im Schlafzimmer ihres Mannes und stand auf, um nach der Ursache des Geräusches zu sprechen. Kaum hatte sie die Thüre geöffnet, als sie einen Schlag auf den Kopf erhielt; als sie darauf um Hilfe rief, wurde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18860120025/fragment/page=0001

sie von einem Kerle am Halse angepackt, der ihr mit sofortigem Tode drohte, wenn sie einen Laut von sich gebe. Die Frau sah noch ihren Mann in einer grossen Blutlache liegen, während zwei andere Männer in den Schranken wühlten, worauf auch sie das Bewußtsein verließ. Als sie wieder zu sich kam, waren die drei Räuber schon auf der Flucht nach dem nahe gelegenen Walde. Ein in der Nähe wohnender Fuhrmann, der den Hilferuf der Frau vernommen, hatte Lärch angeschlagen und bemerkt, daß zwei auf der Landstraße Wache stehende Kerle durch Pfiffe Signale gaben, worauf die drei Räuber die Villa verließen und davoneilten. Einer verlor auf der Flucht ein Beil. Die Polizei ist in fieberhafter Thätigkeit und hat bereits Verhaftungen vorgenommen; ob die Verhafteten wirklich die Thäter sind, in denen man Fremde vermuthet, bleibt abzuwarten. Die Verletzungen des Malers, Fach, der offenbar im Schlafe überfallen wurde, sind tödtlicher; die Frau hat sich so weit erholt, daß sie gerichtlich vernommen werden konnte.

* Ein dreifacher Doktor ist zum Amtsrichter in Berlin ernannt worden. Es ist dies der bisherige Gerichtsassessor Dr. Sachse — ein Sohn des früheren Oberpräsidiums — der in der theologischen Fakultät den Licentiaten, in der juristischen und philosophischen Fakultät den Doktorgrad rite erlangt hat. Bei dem Doktor-Examen, das er bei der berliner juristischen Fakultät bestanden hat, erhielt er das Prädikat Summa cum laude, das die Fakultät überhaupt bisher nur zweimal ertheilt hat (das erste Mal dem jetzigen Professor Schulte in Bonn). Dr. Sachse war bisher auch im Justizministerium beschäftigt und ist gleichzeitig Privatdozent in der juristischen Fakultät der berliner Universität.

Todesfälle.

* Aus Dresden wurde uns gestern der daselbst am Montag früh erfolgte Tod des Generalstaatsanwalts Dr. von Schwarze mitgetheilt. Obgleich schon seit geraumer Zeit erkrankt, hatte der an unermüdliche Thätigkeit gewöhnte Siebenzigjährige den bevorstehenden Tagen zur Pensionirung zugewiesen. Dr. von Schwarze war am 30. September 1816 zu Loebau i. S. geboren und seit 1839 im sächsischen Staatsdienst thätig. Nachdem er verschiedene Stellungen bei den Appellationsgericht Dresden, im Justizministerium und dem Ober-Appellationsgericht bekleidet hatte, wurde er 1856 Ober-Staatsanwalt und 1860 General-Staatsanwalt, welches Amt er bis zu seiner ernster werdenden Krankheit bekleidet hat. Sowohl in den gesetzgeberischen Arbeiten für Sachsen wie für das Deutsche Reich entwickelte Schwarze eine ungemein rege und fruchtbringende Thätigkeit. Die Gesetze über die Geschworenen- und Schöffengerichte für Sachsen sind von ihm verfaßt. Sein Antheil an den deutschen Reichsjustizgesetzen, wie überhaupt seine Thätigkeit im konstituirenden wie auf den späteren Reichstagen ist noch in frischer, lebendiger Erinnerung. Der Verstorbene gehörte auch zu den Begründern des Deutschen Juristentages, der auf die Entwickelung der Rechtssicherheit innerhalb des Deutschen Staatsgebietes einen so bedeutenden Einfluß ausgeübt hat; er war von der Begründung an bis in die neueste Zeit Mitglied des ständigen Ausschusses des Juristentages und mit nie versagender Liebenswürdigkeit bemüht, die persönlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der einzelnen Bundesstaaten und die freundschaftliche Annäherung zwischen den Kollegen zu vermitteln und zu fördern. Dr. von Schwarze gehörte der deutschen Reichspartei an; seine persönlichen Eigenschaften, der reiche Schatz von Kenntnissen und praktischen Lebenserfahrungen brachten ihn indessen zu den Mitgliedern aller Parteien in nahe und freundliche Beziehungen. Der Tod des verdienstvollen Mannes wird daher in allen Kreisen mit Trauer und aufrichtiger Theilnahme entgegen werden.

* In Magdeburg starb am Montag mittag der nationalliberale Landtagsabgeordnete Stadtrath Karl Gaertner nach kurzer Krankheit. Gaertner ist am 27. Sept. 1823 geboren und besuchte in Berlin zunächst das Köllnische Gymnasium, dann studirte er auf der dortigen Gewerbeakademie das Maschinenbauach; 1845 erhielt er daselbst das Zeugniß der Reife. Er gründete 1855 am Bukau ein Industrieetablissement und beschäftigte stets dabei mit frischer geistiger Kraft, stets treuer Anhänger der staatsbürgerlichen Selbstverwaltung, an der Kommunalverwaltung seiner neuen Heimathstadt und an den Arbeiten des Gemeindekirchenrathes. Darüber hinaus wirkte er zur Bildung einer liberalen, maßvollen Landesvertretung hin, der er selbst wiederholt und bis zum letzten Lebenshauch angehörte.

* In Dresden ist am Montag der Kammersänger Joseph Tichatschek gestorben. Tichatschek, 1807 in Oberwickelsdorf in Böhmen geboren, besuchte in Braunau das Gymnasium und war zugleich Sängerin im dortigen Benediktinerkloster, bis in seinem 17. Jahre seine Stimme in einen herrlichen Tenor mutirte. 1827 ging er nach Wien, nahm daselbst bei Ciccimara kunstgerechten Gesangunterricht, wirkte im Chor der Hofoper mit und erhielt im Verlauf der Zeit auch hin und wieder eine kleine Rolle. Seine eigentliche theatralische Solistenlaufbahn begann er 1834 in Graz. Dann gastirte er einige Jahre darauf in Wien und Dresden und wurde 1838 am dresdener Hoftheater angestellt, an dem er 1868 noch wirkte, obschon seit Jahren nur noch als sog. Ehrenmitglied in einer beschränkten Anzahl von Partien auftretend, zugleich auch als Kammersänger bei der Hofkirchenmusik fungirend. Auf Wunsch des Zaren gab Tichatschek 1857 Gastrollen in Petersburg und Moskau, überall mit Enthusiasmus aufgenommen. Seine Stimme übernand stets die größten Anstrengungen mit Leichtigkeit. Seine Mittel wiesen ihn von jeher auf Heldentenorpartien hin; doch hat er auch in der sog. Spieloper Erhebliches geleistet. Tichatschek war der erste Sänger, der in Wagner'schen Heldenpartien (Rienzi, Tannhäuser, Lohengrin) auftrat und außerordentliche Erfolge damit erzielte.

* In Paris ist, wie wir gestern schon mittheilten, am Sonntag der Maler Paul Baudry gestorben. Baudry war der Sohn eines Holzschuhschnitzers, der kein schöneres Loos träumte, als daß der Nachfolger des Dorfmusikanten zu sein, der jahraus, jahrein von einer Kirchweih zur andern, von einer Hochzeit zur andern zog und dabei ein schönes Geld verdiente. Der junge Baudry ging denn auch bei dem einzigen Ortsbeamten des Ortes, welcher zugleich der einzige Musikleiter war, in die Lehre und brachte es so weit, daß er den Bauern im Takte zum Tanz vorgeigen konnte; aber einen besonderen Beruf für die Kunst der Töne fühlte er nicht in sich, dagegen einen um so größeren für die Malerei. Er pilgerte endlich in Holzschuhen von 19 Rochefort-sur-mer nach Paris, fand Aufnahme in dem Atelier Drobling und arbeitete unter den schwersten Entbehrungen, bis er, 22 Jahre alt, 1850 den „Grand Prix de Rome" davontrug. Seine beiden Hauptwerke sind die Fresskomödienreien im Foyer der Großen Oper und seine Ausschmückung des Hotels der Gräfin Pauba, welches heute Eigenthum des Grafen Guido Henckel v. Donnersmarck ist.

Waaren- und Produktenberichte.

Spiritus.

* Berlin, 18. Jan. (Amtl. Feststg.) Spiritus pr. 100 Ltr. à 100 Proz. — 10,000 Proz. Tenzine höher. Get. — L. Kündigungspr. — M. Durchschnittspr. —.— M., loco mit Faß — M., per diesen Mon. 38,4—38,8 bis — bez. — nom., per Febr. — bis — bez., per März — bis — bez., per April — — bis — bez., per Mai — bis — bez., per Juni-Juli 39,4—39,8 bis — nom., per Juli-Aug. 40,4—40,8 bis — bez., per Aug.-Sept. 41,4—41,8 bis — bez., per Sept.-Okt. 42,4—42,8 bis — bez., per Okt.-Nov. — bis — bez. — Erstmalige Preise per 100 Ltr. à 100 Proz. — 10,000 Proz. loco ohne Faß 38,4 bis — bez., ab Speicher — bez., per Jan.-Febr. — bez.

* Magdeburg, 18. Jan. Kartoffelspiritus für 10,000 Liter-Proz. loco ohne Faß 38,10—38,60 M. Die Preise der Kommissionsbörse.

* Magdeburg, 18. Jan. (Hermann Walther.) Kartoffelspiritus behauptet, loco ohne Faß 38,10—38,60 M. Ab Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde seit Anfang. — Rübenspiritus geschäftslos.

* Leipzig, 18. Jan. Per 10,000 Lit.-Proz. ohne Faß loco 38,30 M. Gd. Besser.

* Breslau, 18. Jan. (Telegr.) Pr. 100 Lit. 100 Proz. pr. Jan. 39,70, pr. April-Mai 38,10, pr. Mai-Juni 39,60, pr. Juni-Juli —.—.

* Stettin, 18. Jan. (Telegr.) Behauptet, loco 56,70, pr. April-Mai 38,60, pr. Juni-Juli 40,40, pr. Juli-Aug. 40,90.

* Posen, 18. Jan. (Telegr.) Loco ohne Faß 38,00, pr. Jan. 38,20, pr. Febr. 38,50, pr. April-Mai 38,00, pr. Juni 39,10, pr. Juli 39,80 Gekündigt — Liter. Still.

* Köln, 18. Jan. (Telegr.) Matt, pr. Jan. 28¼ Br., pr. Jan.-Febr. 28¼ Br., pr. April-Mai 29¼ Br., pr. Mai-Juni-Juli 29¼ Br.

* Paris, 18. Jan. (Telegr.) Ruhig, pr. Jan. 48,50, pr. Febr. 49,00, pr. März-April 49,20, pr. Mai-Juni 49,75.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	15. Jan.		18. Jan.	
Grundmelasse	—	M.	—	M.
Krystallzucker I.	—		—	
Krystallzucker II.	—		—	
Kornzucker	90 %	20,60—24,60	90 %	24,50—24,80
Kornzucker	88 %	20,20—20,30	88 %	20,20—20,50
Rohzucker Rend.	88 %	— —	—	— —
Rohzucker	88-92 %	— —	—	— —
do. Rend.	75	20,50—21,00	75	20,50—21,00

Tendenz am 18. Jan.: Stetig, Angebot sehr knapp.

	16. Jan.		18. Jan.	
Fein Brodraffinade	—	30,75 M.	—	30,75 M.
fein Brodraffinade	30,25—30,50		30,25—30,50	
Brod-Melis	—	—	—	—
Gem. Kaffinade	28,75—29,25		28,75—29,25	
Gem. Melis I.	28,25		28,25	

Tendenz am 16. Jan.: Unverändert.

Die Aktien der Zuckerindustrie.

* Paris, 18. Jan. (Telegr.) Rohzucker 88° ruhig, loco 37,00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 kg pr. Jan. 44,25, pr. Febr. 44,00, pr. März-April 45,20, pr. Mai-Aug. 45,75.

* London, 18. Jan. (Telegr.) Havanazucker Nr. 12 15½, nom. Rübenzucker 15. Centrifugal Cuba —. Ruhig, fest.

* Antwerpen, 16. Jan. (Telegr.) Rüttenzucker Sofort 35,50 Frcs., Februar 35,75 Frcs., März-April 36,50 Frcs.

Kaffee.

* Hamburg, 18. Jan. (Telegr.) Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack.

Petroleum.

* Berlin, 18. Jan. (Amtl. Feststg.) (Raffinirtes Standard white) per 100 kg m. Faß in Posten von 100 Ctr. Zentr. gefälltes. Get. — Ctr. Kündigungspr. pr. — M. loco — M. Durchschnittspr. — M., per diesen Mon. — bis — M., per Jan.-Febr. — M., per Febr.-März — M., per März-April — M., per April-Mai — M., per Mai-Juni — M., per Juni-Juli — M., per Juli-Aug. — M.

* Stettin, 18. Jan. (Telegr.) Petroleum fest, verfeinert, Usance 1½, % Tara 12,00 M.

* Bremen, 18. Jan. (Telegr.) (Schlußbericht.) Standard white loco 7,10 Br. Ruhig.

* Hamburg, 18. Jan. (Telegr.) Standard white loco 7,30 Br., 7,25 Gd., pr. Jan. 7,20 Gd., pr. Aug.-Dez. 7,40 Gd. Ruhig.

* Petroleum, 15. Jan. (Telegr. Schlußbericht.) Raffinirt, Type weiß, loco 15½ bez., 18½ Br., pr. Febr. — bez., 18½ Br., pr. März —, bez., 17½ Br., pr. Sept.-Dez. 19 Br. Weichend.

Colonialen. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 18. Jan. (Amtl. Feststg.) Oelsaaten pr. 100 kg. Gesamtl. — Ctr. Winterraps —.— M., Sommerraps —.— M., Winterrüben —.— M., Sommerrüben —.— M. Rüböl pr. 100 kg mit Faß. Termine fester. Gesamtumsatz — Ctr. Kündigungspreis —.— M. Loco mit Faß 31,— M. ohne Faß — M. per diesen Monat — bis — bez. M. Durchschnittspr. — M., per Jan.-Febr. — bis — M., per Febr.-März — M., per März-April — M., per April-Mai 33,3 bis 33,5 M., per Mai-Juni 33,6 bis 33,8 M., per Juni-Juli —.— M., per Juli-Aug. —.— M., per Aug.-Sept. —.— M., per Sept.-Okt. 35,4 bis — M. — Rüböl — pr. 100 kg — Loco — M. Lieferung — M.

* Stettin, 18. Jan. (Telegr.) Rüböl fest, pr. Jan. 33,50 M., pr. April-Mai 34,00 M.

* Köln, 18. Jan. (Telegr.) Rüböl loco 23,80 M., pr. Jan. —.— M., pr. Mai 24,70 M., pr. Okt. 26,20 M.

* Breslau, 18. Jan. (Telegr.) Rüböl pr. Jan. 35,00 M., pr. April-Mai 35,00, pr. Mai-Juni —.— M.

* Hamburg, 18. Jan. (Telegr.) Rüböl matt, loco 43½, nom., pr. Jan. —.— M.

* Paris, 18. Jan. (Telegr.) Rüböl behauptet, pr. Jan. 55,00, pr. Febr. 55,25, pr. März-Juni 57,00, pr. Mai-Aug. 57,75 f.

* Amsterdam, 18. Jan. (Telegr.) Raps pr. Herbst — fl. Rüböl loco 23¾, pr. Herbst 25, pr. Mai 24¾.

Hülsenfrüchte.

* Berlin, 16. Jan. (Marktpr. nach Ermittl. d. kgl. Pol.-Präs.) Erbsen, gelbe zum Kochen 20—34 M., Speisebohnen, weiße 24—42 M., Linsen 30—54 M.

* Berlin, 18. Jan. (Amtl. Feststg.) Mais pr. 1000 kg. Loco fest. Termine —. Gesamtumsatz 1000 Ctr. Kündigungspr. 115,00 M. Loco 116,00—120 M. nach Qualität, abgel. Kündigungsscheine —.— per diesen Monat — nom., Durchschnittspr. —.— M., per Jan.-Febr. —.— M., per April-Mai —.— M., per Mai-Juni —.— M., per Juni-Juli —.— M. Lärchner —.— M. bez., Amerikanischer —.— M. bez. — Erbsen per 100 kg. Kochwaare 150,0—200,0 M., Futterwaare 132—140 M. nach Qualität.

* Berlin, 18. Jan. (Telegr.) Mais pr. Mai-Juni 5,87 Gd., 5,92 Br., pr. Juni-Juli 5,93 Gd., 5,98 Br., pr. Juli-Aug. 6,02 Gd., 6,08 Br.

* Wien, 18. Jan. (Telegr.) Mais pr. Mai-Juni 5,50 Gd., 5,52 Br.

* London, 18. Jan. (Telegr.) Mais fest, Erbsen und Bohnen sehr ruhig.

Mehl.

* Berlin, 18. Jan. Weizenmehl Nr. 00 21,50—20,00, Nr. 0 20,00—19,00. — Roggenmehl Nr. 0 19,75—18,75, Nr. 0 und 1 18,25—16,75, per 100 kg brutto incl. Sack. Feine Marken über Notiz bez.

* Berlin, 18. Jan. (Amtl. Feststg.) Roggenmehl loco 116,00—126 M. nach Qualität, abgel. Kündigungsscheine —.— per diesen Monat — nom., Durchschnittspr. —.— M., per Jan.-Febr. —.— M., per April-Mai —.— M., per Mai-Juni —.— M., per Juni-Juli —.— M. Lärchner —.— M. bez., Amerikanischer —.— M. bez. — Erbsen per 100 kg. Kochwaare 150,0—200,0 M., Futterwaare 132—140 M. nach Qualität.

* Berlin, 18. Jan. (Telegr.) Mais pr. Mai-Juni 5,87 Gd., 5,92 Br., pr. Juni-Juli 5,93 Gd., 5,98 Br., pr. Juli-Aug. 6,02 Gd., 6,08 Br.

* Wien, 18. Jan. (Telegr.) Mais pr. Mai-Juni 5,50 Gd., 5,52 Br.

* London, 18. Jan. (Telegr.) Mais fest, Erbsen und Bohnen sehr ruhig.

Wicken